

Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung Niederaußem e.V. - Bi-BEN

Offener Brief

Herrn Werner Stump
Landrat des Rhein-Erft-Kreises

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Absender:

Heinz Peter Wolff
Düsseldorfer-Strasse 40a
50129 Bergheim / Rheidt
Tel.: 02183-5378
Email: h.p.wolff.rheidt@t-online.de

Hans-Joachim Gille
An den Wiesen 21
50129 Bergheim / Rheidt
Tel./Fax: 02183-7231
Email: h.gille@t-online.de

Infos im Internet unter: www.bi-bigben.de

Bergheim / Rheidt den 12.Dez.2009

Betr.: Artikel in der Kölner Rundschau vom 11.12.2009

*Kommunale Selbstverwaltung in Gefahr
"Geistige Stadtmauern müssen fallen"*

....Zur Energiepolitik im Kreis gab Stump ein wichtiges Signal: Logische Konsequenz aus dem am Kraftwerk Niederaußem entstandenen Innovationszentrum von RWE Power sei, „die Erweiterung des Standortes in Niederaußem durchzusetzen“. Auch für das geplante CO-arme Kraftwerk in Hürth und die rechtlichen Voraussetzung für Transport und Lagerung des Kohlendioxids müsse man gemeinsam eintreten.

Sehr geehrter Herr Landrat Werner Stump,

viele Bürger, die im Schatten der RWE-Braunkohlekraftwerke leben müssen, sind empört über Ihr Ansinnen, eine nochmalige Erweiterung des Kraftwerksstandortes Niederaußem durchsetzen zu wollen. Ungeachtet der Tatsache, dass RWE seine Verpflichtungen aus dem Kraftwerkserneuerungsprogramm nicht einhält, sie sogar einseitig zu seinem Nutzen auslegt, machen Sie sich nun zum Fürsprecher dieses Unternehmens.

Das wirkt wie ein Schlag ins Gesicht all derer, die in Ihnen einen "Politiker für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis" sehen durften. Damit gehen Sie über die sonst übliche Lobbyarbeit hinaus. Sie ergreifen Partei für einen Energiemulti, der mit allen Mitteln seine Kohlekraftwerksparks erweitern und saubere Stromerzeuger vom Markt verdrängen will. Ihr Verhalten, Herr Stump, weist starke Parallelen auf zu dem der politisch Verantwortlichen für die Debatten um das Kohlekraftwerk in Datteln.

Die Schadstoffemissionsdaten des PRTR-Register des Bundesumweltamtes machen deutlich klar, was die hiesige Region zu ertragen hat: Feinstaub, hochgiftige Verbindungen und Bestandteile, Quecksilber und Arsen, etc. in großen Mengen. Dabei sind längst nicht alle Schadstoffe angegeben. Im Register sind nur diejenigen Schadstoffmengen enthalten, die über einem festgelegten Emissionsschwellenwert liegen.

RWE stellt sich in den Medien als der "Gute Nachbar" dar. Wir wollen keinen Nachbarn, der unseren Dörfern aus Profitgier die Wohn- und Lebensqualität nimmt, der seinen Dreck über uns auskübelt. Im Sinne der Bevölkerung sollten Sie, Herr Stump, zu den Ratgebern gehören, die dies der Konzernspitze kommunizieren.

Statt dessen setzen Sie auf den Ausbau und damit auf die Manifestierung der Kohletechnologie - und auf einen immer weiter steigenden CO₂-Ausstoß. Das vor dem Hintergrund des bereits heute stattfindenden Klimawandels. Dabei ist das Rheinische Braunkohlerevier schon jetzt die größte CO₂-Quelle Europas, eine unrühmliche Spitzenstellung.

Bürgerinitiative gegen BoA-Erweiterung Niederaußem e.V. - Big BEN

Aufgabe der Politik - und somit auch Ihre Aufgabe ist: "Vom RWE-Konzern zumindest die Einhaltung der im Kraftwerkserneuerungsprogramm beschlossenen Verpflichtungen einzufordern". Und sollten Sie es vergessen haben: "An eben dieses Kraftwerkserneuerungsprogramm und dessen Einhaltung war die Abbaugenehmigung für den Tagebau Garzweiler II geknüpft".

Zum Verständnis:

Die Kernaussage des 1994 zwischen RWE und NRW-Landesregierung geschlossenen Kraftwerkserneuerungsprogramm:

"RWE Energie verpflichtet sich, Zug um Zug die vorhandenen Braunkohlekraftwerksblöcke durch Anlagen mit jeweils bester zur Verfügung stehender Technologie zu ersetzen."

Das sollte bei gleichbleibender Strommenge bei ab 1997 konstanter Stromerzeugung und aufgrund besserer Wirkungsgrade mit vermindertem Kohleeinsatz geschehen. Zielsetzung ist / war es, die Reduzierung von CO₂-Emissionen und damit einhergehende Verbesserung des Klimaschutzes, der rationellere und sparsamere Umgang mit Energie, sowie die Schonung der Ressource heimischer Braunkohle.

Davon ist RWE heute weit weg!

Verträge zwischen Wirtschaftsunternehmen und Politik dürfen von diesen Unternehmen nicht in unverbindlichen Absichtserklärungen gewandelt werden – dann werden sie zur Farce (und Politiker zu Erfüllungsgehilfen).

Unterzeichnet:

Hans Joachim Gille
stellvertr. Vorsitzender

Heinz Peter Wolff
Schriftführer